

Wien, am Mittwoch, den 14. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 14. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES

1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung. Es wird sofort in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten eingegangen. Von der Minderheit sind hierzu acht Redner eingetragen. Das einleitende Referat hält amtsführender Stadtrat Speiser. Er führt aus: Der Gesamtpersonalaufwand, der im Budget dieser Verwaltungsgruppe enthalten ist, macht etwa 170 Millionen Schilling aus. Bei dieser Summe ist der Personalaufwand der städtischen Unternehmungen nicht berücksichtigt. Der Aufwand für Beamte und Arbeiter der städtischen Unternehmungen wird im Voranschlag der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen angeführt. Die Stadt Wien veranschlagt also für das Jahr 1928 die Ausgaben für das Personal der Hoheitsverwaltung, des Schulwesens und jener städtischen Betriebe, die mit der Hoheitsverwaltung in engsten Zusammenhang stehen, Fuhrwerkebetrieb, Strassenpflege und Kehrichtabfuhr, Lagerhaus, Märkte, Schlachthöfe, Bäder, Dampfwäscherei, Wasserversorgung, Friedhöfe, Baustoffbetriebe, Kanalräumung usw.) mit rund 170 Millionen Schilling. Von dieser Summe werden für die im aktiven Dienst stehenden Angestellten etwa 128⁵ Millionen Schilling und für die Pensionsparteien etwa 41⁵ Millionen Schilling ausgegeben. In der Summe für die aktiven Angestellten stecken die Kosten der gewählten Mandatäre in Gemeindevertretung, Bezirksvertretung und Fürsorgeinstituten mit rund 0⁶ Millionen Schilling. Die Bezüge der in der eigentlichen Hoheitsverwaltung (Ämter und Kanzleien) beschäftigten Angestellten machen 27² Millionen Schilling aus, die Bezüge des Schulpersonals betragen 40² Millionen Schilling, die Bezüge der Angestellten der in Betriebsform geführten Verwaltungszweige (Wohlfahrtsanstalten und Betriebe) 58¹ Millionen Schilling. Für Dienstkleider, Beiträge zur Sozialversicherung und Angestelltenfürsorge gibt die Stadt rund 2⁴ Millionen Schilling aus. Von den Ausgaben für Pensionisten von 41⁵ Millionen entfallen für eigene Pensionsparteien rund 37³ Millionen Schilling, für die nach der Trennung von Wien und Niederösterreich verbliebenen gemeinsamen Pensionisten und für eine kleine, übernommene Pensionistengruppe rund 4² Millionen Schilling.

Die Bezüge der aktiven Angestellten werden laut Voranschlag im Jahre 1928 um 14³ Millionen Schilling oder um 12⁶ Prozent, die Bezüge der Pensionsparteien um 2⁷ Millionen Schilling oder sieben Prozent steigen, so dass hiefür insgesamt eine Erhöhung der Voranschlagsziffer für 1928 um rund 17 Millionen Schilling oder 11¹ Prozent entsteht.

Stadtrat Speiser führt nun die einzelnen Massnahmen an, durch die im Jahre 1927 die Lage der städtischen Angestellten verbessert wurde. Er verweist insbesondere auf die Regulierung, die mit 1. Jänner 1927 für die Dienstordnungsangestellten in Kraft getreten ist und deren wichtigster Inhalt die Auszahlung je eines halben Monatsgehalt^{es} zum Urlaub und zu Weihnachten war. Die Schaffung einer eigenen Kreditstelle für die Angestellten, die auch den Arbeitern und Angestellten der Unternehmungen zugänglich ist, hat die Verwendung von bisher 3⁶ Millionen Schilling zu einem sechsprozentigen Zinsfuss ohne jede Nebengebühr, Bürgen oder Pfänden

möglich gemacht. Die Kosten der Verwaltung trägt die Gemeinde allein. In einer Reihe von Angestelltengruppen sind Verbesserungen erfolgt. Auch das Arbeitsverhältnis jener Kollektivverträtiger, die bei der Hoheitsverwaltung beschäftigt sind, wurde verbessert. Insbesondere sind die Arbeiter des Kanalräumungsbetriebes und der für die städtischen Anstalten arbeitenden eigenen Bäckerei in die Pensionskasse einbezogen worden.

Die Personallasten haben sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahres erhalten. Eine kleine Steigerung ist durch Standesvermehrung in den Wohlfahrtsanstalten, im Jugendamt, im Gesundheitsamt und im technischen Dienst, sowie durch die Errichtung der Gemeindevache erfolgt. Diese Standesverwaltung ist aber zum grossen Teil durch Standesverminderungen bei der Schule, bei der maschinisierten Strassenpflege und durch eine Betriebsreform bei der Kanalräumung ausgeglichen worden. Im allgemeinen kann man wohl sagen, dass sich nach einer achtjährigen Reformarbeit in den Kanzleien, Schulen und Betrieben jetzt eine Stabilisierung des Standes ergeben hat. Die Uebersahl von Angestellten aller Art, die nach dem Krieg vorhanden war, hat sich auf das normale und unbedingt notwendige Ausmass reduziert, ohne das gewaltsame Abbaumittel angewendet wurden.

Die Reformarbeit darf natürlich nicht zum Stillstand kommen. Der Zweck der weiteren Reformen wird sein, noch mehr als bisher den Aktiven zu beschleunigen und der Bevölkerung einen möglichst rasch und gütlich arbeitenden Verwaltungsapparat zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der Mehrheit). Auf diesem Gebiet haben sich schon bisher in aller Stille Änderungen vollzogen und es ist einvernehmlich mit dem Personal gelungen, eine stets anschwellende Verwaltungsreformarbeit zu leisten. Auch in Zukunft sollen durch Verwaltungs- und Betriebsreformen weitere Verbesserungen erzielt werden, die zur Vermehrung des Personals in jenen Verwaltungszweigen, die im Ausbau sind (Wohlfahrtswesen usw.), verwendet werden sollen. Die gleiche Tätigkeit vollzieht sich auch in den der Hoheitsverwaltung nicht unterstehenden städtischen Unternehmungen. Die grösste Betriebsreform des vergangenen Jahres war die im Gas- und Elektrizitätswerk. In diesen Unternehmungen wurde zum erstenmal versucht, kontinuierliche Betriebe im reinen Achtstundendienst zu führen. Dadurch kommt der Nutzen des Achtstundentages auch den Arbeitern dieser Betriebe zugute und es konnte und kann eine nicht unbeträchtliche Anzahl Arbeitsloser in diesen Betrieben aufgenommen werden. Auch in den städtischen Unternehmungen arbeiten die Personalvertreter und Betriebsräte an dem Werk der Reorganisation eifrig mit.

Redner bittet um Annahme des Voranschlages seiner Verwaltungsgruppe (Lebhafter Beifall).

DR. Gschlacht bemerkt, das Ziel der Wiener Gemeindeverwaltung müsste sein, sich in die Verwaltungspolitik des Bundes einzupassen. Gerade die Wiener Politik müsste spezifisch österreichische Politik sein. Das Ziel der heutigen Gemeindepolitik ist dagegen, das bestmögliche Geschäft für die sozialdemokratische Partei zu machen, und den Angestellten der Gemeinde wird zu verstehen gegeben: nütze dem politischen Geschäft, so nütze Du Dir selbst! Die Angestelltenschaft, die von der heutigen Mehrheit übernommen wurde, war ein Elitekorps in jeder Beziehung. Wenn früher die Beamten wirtschaftliche Besserstellung erstrebten, zerbrachen sie sich den Kopf darüber, wie die Erfüllung ihrer Forderung mit dem Budget in Einklang gebracht werden könne. Heute sagt man den städtischen Angestellten, dass sie sich in nichts von der Arbeiterschaft unterscheiden, dass sie Proletarier sind, die ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dafür den höchsten Lohn herauszuschinden haben. Namens aller derer, die in seiner Gewerkschaft organisiert sind und der vielen, die innerlich zu dieser Gewerkschaft stehen, protestiere er gegen diese Auffassung und stelle demgegenüber fest, dass die Angestellten zufolge der von ihnen eingegangenen Verpflichtung zur Hingabe an den öffentlichen Dienst den sittlich rechtlichen Anspruch - und das ist ihr Kapital, das sie vom

Proletarier unterscheidet - auf eine angemessene Lebensversorgung für sich und ihre Familie haben. Das Elitekorps von einst wurde zertrümmert und wo es nicht ging, depriviert. Zum Beispiel ist das städtische Bauamt einer Selbständigkeit entkleidet und zu einem Handlanger von verschlammten und korrupten Bauunternehmungen herabgewürdigt worden. Wie es mit dem Konzept steht, zeigen einige Beispiele. Nach einer Bestimmung der Gewerbeordnung haben von dem Ergebnis von Strafbamtsbehandlungen, die z.B. Genossenschaften, Handelskammern u.ä.w. auf Anzeigen von öffentlichen Körperschaften/durchgeführt werden, die Anzeigeleger verständigt zu werden. In einem Erlass wird dies auch auf die Gewerkschaften ausgedehnt und in einer vertraulichen Interpretation des Erlasses gesagt, dass darunter die freien Gewerkschaften zu verstehen sind. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Oder bei der Magistratsamt V, der ich als Beamter zugewiesen bin, wird ein Disziplinarfall gegen einen Beamten anhängig. Als der Magistratsdirektor davon erfährt, sagt er: Dort beim Magistratsamt V ist ja mein Freund Geschludt! Sie Thronle, könnte das Kontrollamt nicht vielleicht dem Herrn Geschludt ein kleines Feuer anzünden (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Was ist die Führung der Geschäfte durch den Magistratsdirektor. Was geht es den Magistratsdirektor an, dass ein Beamter auf einem ganz anderen Gebiete, nicht im Dienste eine Stellung einnimmt, die ihm nicht sympatisch ist.

Wie alle anderen Aemter ist auch das Konstriptionsamt in dem grossen Wurstkessel des Gemeindestatus verschwunden. Seitdem die Personalverwaltung der Gemeinde in sozialdemokratischen Händen ist, sind die Angestellten verklavt. Sie werden aber den Vormarsch der christlichen Gewerkschaft nicht aufhalten und die Idee der christlichen Weltanschauung nicht erschlagen können. Es wird der Tag kommen, wo wir auf den Plan treten und uns unser Recht verschaffen werden. Selig wird der Tag sein, an dem die Angestellten frei sein werden in ihrer politischen Ueberzeugung in der Wahl ihrer Organisation, frei sein werden von jedem Zwang und von jeder Gewalt. Ich rufe den Gemeinderat Rader auf, mit mir gemeinsame Sache zu machen in der Befreiung der städtischen Angestellten. (Beifall bei der Minderheit).

Am 19. November hat der Verband dem Personalreferenten seine Forderungen überreicht. Und am nächsten Tag schon hat Stadtrat Speiser in der Arbeiterzeitung geschrieben, dass die Gemeindeangestellten verhältnismässig glänzend gestellt und ihre Bezüge sogar schon übervalorisiert sind. Das ist der Versuch, die Angestellten vor der breitesten Öffentlichkeit zu diskreditieren. (GR. Untermüller: Speiser hat schon die Manieren des Industriellenverbandes!) Stadtrat Speiser hat mit Ziffern jongliert, mit denen ihn der Magistratsdirektor hineingelegt hat. Das Ergebnis eines solchen Systems ist ein fürchterliches. Aus ehemaliger Dienstesfreude ist in tausenden von Fällen Unlust und reine mechanische Dienstesanwesenheit geworden. Wir sind deshalb gegen den Personalreferenten mit grösstem Misstrauen erfüllt und lehnen daher den Voranschlag der Gruppe für Personalangelegenheiten ab. (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GRin. Schlössinger (E.L.) bespricht die Personalpolitik im Schulwesen. Die Wiener Lehrerschaft kann auf eine gute Tradition zurückblicken, sie war immer ein Elitekorps, hat stets viel auf Standesehre gehalten, war erfüllt vom eifrigen Bestreben, sich fortzubilden war erfüllt von der Heiligkeit der Schule. Sie hat bei der Einführung der Schulreform ihre Feuerprobe bestanden. Die Worte der Anerkennung aber, die Sie dafür gefunden haben, klingen wie Hohn, wenn man die Taten der Personalverwaltung betrachtet. Die Personalversetzungen zeigen den Geist, in dem unsere Schule heute verwaltet wird. Sie richten durch die Lehrerversetzungen das Ideal der Schule systematisch zugrunde und sie begehen dadurch ein bewusstes Verbrechen an die Lehrer an die Kinder und an der Schule. Die Massenversetzungen unserer

Lehrer sind nur parteipolitische Verfolgungen im Kulturkampf um unsere Schulen, sie sind bewusste Schädigungen unseres Schulwesens. Die Rednerin führt zahlreiche Beispiele von Versetzungen christlicher Lehrpersonen an. Ein Volksschullehrer mit 32 einhalb Dienstjahren wurde versetzt, weil er die Kinder in sittlich religiösem Geist erzog (Hört! Hört! bei der Minderheit). Ebenso eine Bürgerschullehrerin, obwohl sie die einzig geprüfte Lehrerin ihrer Fachgruppe war und an ihre Stelle wurden zwei ungeprüfte Lehrerinnen gesetzt (Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Dagegen kommt man den sozialdemokratischen Lehrkräften sehr entgegen. Der Volksschullehrer Gatterer zum Beispiel, ein Mitglied des Zentralvereins durfte sich die Schule aussuchen, in die er versetzt wurde. (Hört! Hört! bei der Minderheit) und er hat sich bezeichnender Weise die Schule in der Johannesgasse ausgesucht, wie es überhaupt merkwürdig ist, dass sich sozialdemokratische Lehrer mit Vorliebe in die inneren Bezirke versetzen lassen. An einer Mädchenschule im XVI-Bezirk, wo es sich um die Anstellung von drei Lehrkräften handelte, wurden zu diesem Zweck achtzehn Versetzungen vorgenommen (Hört! Hört! bei der Minderheit). Es gibt christliche Lehrkräfte die jedes Jahr versetzt werden wie zum Beispiel die Lehrerin Soukup. Eine Lehrerin, die mit den Schülern gebetet hat wurde deshalb versetzt und zwar in eine jüdische Schule und in eine Klasse in der nur drei katholische Schüler sind (Hört! Hört! bei der Minderheit). Man will auf diese Weise die christlichen Lehrkräfte niederzwingen und so die Entchristlichung der Schule vollends durchführen. In der jüngsten Zeit wurde von einigen Schulleitern ein Kampf gegen die Kreuzbilder eröffnet. Nach der Schulordnung müssen die Schulleiter für die Erhaltung des Inventars sorgen und schon als ein einfaches Inventarstück hat das Kreuzifix in der Klasse seinen Platz. Für uns ist aber das Kreuzifix nicht ein einfacher Inventargegenstand, sondern ein Gegenstand der Verehrung und ein Symbol unserer Weltanschauung, in der die katholischen Eltern ihre Kinder erziehen wissen wollen. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Man spricht immer von einem Zwang zu religiösen Übungen vergisst aber, dass vielmehr Zwang auf der anderen Seite geübt wird. Zum Beispiel hat eine Lehrerin in der Bischofgasse die Kinder geradezu gezwungen das Schu gebet zu unterlassen und hat an seiner Stelle das Lied von den zehn Negerlein gesetzt (Hört! Hört! bei der Minderheit). Dafür ist sie nicht etwa in Disziplinaruntersuchung gezogen, sondern durch eine Stufenverrückung prämiert worden. (Neuerliche Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Das ist nicht Jugendbildung, sondern offene Revolutionierung unserer Jugend und dann darf man sich nicht wundern, dass die Jugend jeden Halt verliert und dass wie die amtlichen Ausweise ergeben, sich die Zahl der sittlichen Vergehen gerade unter der Jugend so sehr vermehrt. Die Rednerin wendet sich gegen das Lehrerdienstgesetz, das sie als ein Verklavungsgesetz bezeichnet, urgiert die Aktivierung der Personalvertretung für die Lehrerschaft, verlangt eine stärkere Berücksichtigung der Lehrerinnen bei Leiterposten. Sie wendet sich dagegen, dass zuviel Schulklassen aufgelassen werden, kritisiert die Ueberlastung der Handarbeits- und Französisch-Lehrerinnen und fordert Massnahmen zur Behebung der Not der Junglehrer nach deutschem Muster. Schliesslich bezeichnet sie es als eine Ungerechtigkeit, dass die Katecheten in Wien fünf Religionsstunden in subsidia- rischen Verdienst unentgeltlich erteilen müssen und verlangt, dass diese wie in den anderen Bundesländern dafür honoriert werden. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger (E.L.) meint, dass es sehr fraglich sei, ob Stadt- rat Speiser wirklich auf die Valorisierung der Besätze der städtischen Angestellten hinarbeite, obwohl es doch Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung sein soll, die Verproletarisierung der städtischen Angestellten zu verhindern. Die Angestellten haben jetzt doch das Recht, dass die Versprechungen, die ihnen im April 1919 gemacht wurden, nun eingelöst werden. Die Finanzlage Wiens hat sich sehr gebessert und die Rolle Breitners als armer Jonathan wirkt daher abstoßend. Aber wie überall, so drücken auch hier die Sozialdemokraten die Löhne herab. Beim Steigen der Macht der Sozialdemokratie sinken die Löhne und erhöht sich die Arbeitslosigkeit. Gemeinderat Stöger vergleicht dann das System der Anshilfen und Darlehen bei der christlichen Stadtverwaltung und bei der heutigen, er streift die Winexpresse, wobei er die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses in der Winexangelegenheit mit den Freisprüchen vergleicht, die jetzt in den Juliprosessen erfolgen, von denen der Adner meint, es scheint, dass die Geschworenen selbst bei den Juliereignissen beteiligt waren und daher jetzt die geständigen Angeklagten nicht recht verurteilen können. Seine weiteren Ausführungen gelten dann den Prozessen städtischer Angestellter vor dem Strafgericht und den Prozessen städtischer Angestellter gegen die Gemeindeverwaltung, die so treffend den Unterschied zwischen der Behandlung der städtischen Angestellten von einst und jetzt zeigen. Seine Rede beendend, sagt Gemeinderat Stöger, dass auf den Trümmern des Terrors der sozialdemokratischen Herrschaft die Freiheit der städtischen Angestelltenschaft wieder erblühen werde. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Reder (Soz. Dem.) erklärt, dass es sehr bedauerlich ist, wenn die städtischen Angestellten und Arbeiter in öffentlicher Gemeinderatssitzung von der Minderheit beschimpft werden.

Rufe bei der Minderheit: Das ist eine Verleumdung!

GR. Preyer (E.L.): Ihr gehört auf die Anklagebank, Ihr habt die Leute verhetzt!

GR. Reder: Mit aller Entschiedenheit müssen die städtischen Angestellten gegen die Beschimpfung protestieren, dass ihr Verband eine gelbe Gewerkschaft ist. Die Minderheit sollte das schon deshalb nicht sagen, weil viele von ihren Parteiangehörigen diesem Verband angehören. Heute umfasst der Verband der städtischen Angestellten 98 Prozent der Gemeindebediensteten. In diesem Verband haben alle Parteien Platz.

GR. Preyer (E.L.): Sie waren doch selbst bei den Christlich sozialen Vertrauensmann!

GR. Reder: Sie erzählen Märchen! Genau so erfunden ist auch die Behauptung, dass der Verband beim freiwilligen Abbau mitgewirkt hat. Ich stelle fest, dass der Verband an alle Kollegen und Kolleginnen die Aufforderung gerichtet hat, sich nicht freiwillig abbauen zu lassen. Die Leute haben sich aber vielfach von den hohen Abfertigungssummen verlocken lassen. Der Verband hat keinen Einfluss auf die Wiederanstellung dieser freiwillig Abgebauten.

GR. Reder bespricht noch ausführlich die Haltung der städtischen Angestellten bei der Demonstration am 15. Juli. Er erklärt, dass der Verband keinen einzigen Angestellten und Arbeiter aufgefordert hat, an diesem Tag den Betrieb oder die Kanzlei zu verlassen. Im Rathaus versammelten sich die Angestellten spontan im Arkadenhof und ich habe dort eine beruhigende Rede gehalten, was die dort anwesenden christlichsozialen Angestellten bestätigen können. Nach meiner Rede sind die Angestellten wieder spontan auf die Ringstrasse gezogen. Als wir zum Burgtheater kamen, sind berittene Wachleute in die Demonstranten hineingeritten und haben sie niedergesäßelt.

GR. Angermayer (E.L.): Das ist unerhört! Reden Sie doch nicht einen solchen Unsinn zusammen!

GR. Preyer (E.L.): Eine solche Verdrehung von Tatsachen!

GR. Morbaul (E.L.): Heute redet er so und im Arkadenhof hat er zum Anzünden aufgefordert!

GR. Rummelhardt (E.L.): Wollen Sie nicht die Namen der Beamten nennen, die niedergesäßelt worden sind?

GR. Reder (Soz. Dem.): Ich werde Ihnen diese Namen mitteilen.

Morbaul (E.L.): Reden Sie nicht so bloss!

Vorsitzender GR. Weigl: Herr GR. Morbaul, ich muss Sie zur Ordnung rufen!

GR. Jenschik (Soz. Dem.): Wenn der Kunschak nicht da ist, könnt Ihr Euch nicht anständig benehmen!

GR. Reder: Die städtischen Angestellten haben auch beim Brand der Polizeistube in der Lichtenfelsgasse helfend eingegriffen. Es ist Ihnen zu verdanken, dass der Löschtrain vor das Brandobjekt kommen konnte. Auch Samariterdienste leisteten sie den Wachleuten. Ich kann nur allen städtischen Angestellten danken, dass sie sich in einer so edlen Weise betätigt haben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Wenn hier über die Personalpolitik der Gemeinde gebührt wurde, so will ich feststellen, dass der Verband gewiss noch nicht alles erreicht hat. Aber wie steht es denn bei den Bundesangestellten. Tatsache ist, dass die städtischen Bediensteten um 15 bis 20 Prozent höhere Besätze haben, als die Bundesangestellten. Wir haben neue Forderungen eingebracht, aber die Art, wie die Forderungen der Bundesangestellten von der Regierung zurückgedrängt wurden, hat uns sehr enttäuscht. Auch die städtischen Angestellten erinnern sich noch sehr an die Zeit, die die Verwaltung geführt haben. Seit dem Jahre 1919 ist es gelungen ganz wesentliche Verbesserungen hinsichtlich der Vertretung des Personals zu erzielen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Die Personalvertretung ist eine Einrichtung auf Grund der Dienstordnung, die alle zu vertreten hat und zwar nicht nur diejenigen, die dem Verband angehören, sondern alle Beamten.

STP. Rummelhardt: Daher muss man alle wählen lassen und darf nicht delegieren!

GR. Reder: Jeder Angestellte der Standesgruppe kann sein Wahlrecht ausüben und wo sich Schwierigkeiten ergeben, sind wir die ersten, die den Gruppen das Wahlrecht sichern. Wir haben in der Frage der Personalvertretung sehr viele Fortschritte zu verzeichnen und wünschen nur, dass auch der langgehegte Wunsch der Bundesangestellten nach einer Personalvertretung in Erfüllung gehe. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Sie wünschen, dass die Gemeindeverwaltung auch mit den Gewerkschaften der Minderheit verhandeln soll. Die städtischen Angestellten sind zu 98 Prozent im Verband organisiert und wir wünschen, dass an dem bisherigen Zustand nichts geändert werde, solange Sie die städtischen Angestellten so beschimpfen. (Stürmischer Widerspruch bei der Minderheit).

GR. Preyer (E.L.): Wir haben nicht geschimpft, wir haben die Wahrheit gesagt!

GR. Rummelhardt: Auch das Zuhören will gelernt werden!

GR. Stöger: Kennen Sie ein einziges Schimpfwort! Gemeinderätin Bock: Sie haben gesagt die städtischen Angestellten sind Dummköpfe! (Stürmischer Widerspruch bei der Einheitsliste).

GR. Stöger: Ich habe nicht mit einem Wort geschimpft! Herr Vorsitzender ich bitte die Kollegin Bock zur Ordnung zu rufen! Utin Motzko: Der Vorsitzende traut sich nicht Frechheiten zu rügen! (Anhaltende Zwischenrufe).

GR. Reder bemerkt zum Schluss, die Minderheit habe kein Recht auf Kritik, solange beim Bund keine Personalvertretung besteht, solange die Altpensionisten in der Art behandelt werden und solange man die Bundesangestellten schlechter behandle als die Gemeindeangestellten (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Wagner (E.L.) widerspricht der Behauptung des Gemeinderates Reder, dass die Minderheit die städtischen Beamten beschimpft habe und stellt fest, dass kein einziger Redner der Minderheit das getan habe. Diese Behauptung ist von der Gegenseite lediglich aus agitatorischen Gründen aufgestellt worden (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wie unrichtig die Behauptung ist, dass der Verband keine Parteipolitik betreibt geht schon aus dem Umstande hervor, dass nach dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei jedes Parteimitglied ja verpflichtet ist, der freien Gewerkschaft anzugehören, so dass also Ihre Gewerkschaften Parteigewerkschaften sind.

Während der Ausführungen des Gemeinderates Wagner herrscht in Saale Unruhe. Zahlreiche Rufe auf den Bänken der Einheitsliste: Herr Vorsitzender mahnen Sie Ihre Parteigenossen zur Ruhe!

GR. Angermeyer ruft dem Vorsitzenden zu: Wozu sitzen Sie als Vorsitzender oben?

Vorsitzender Weigl erteilt dem Gemeinderat Angermeyer für diesen Ausdruck den Ordnungsruf.

GR. Wagner (E.L.) wehrt sich sodann gegen die Behauptung des Gemeinderates Reder sowie gegen einen Artikel des Stadtrates Speiser in der Arbeiter Zeitung worin bemerkt wird, dass die städtischen Angestellten besser daran seien als die Bundesangestellten und beruft sich auf eine von der Gewerkschaft deutscher Landes- und Gemeindeangestellter durchgeführte Berechnung, wonach in der Gruppe IIa städtische Angestellte mit 17 bis 21 Dienstjahren nur zu 61,5 Prozent also als die Beamten schlechter beim Bund in ihren Bezügen valorisiert sind und Beamte derselben Gruppe mit 27, 28 und 29 Dienstjahren zu 69 bis 70 Prozent ^{was} ungefähr dem Zustande beim Bunde entspricht. Man könne daher nicht sagen, dass die städtischen Bediensteten besser daran sind als die Bundesangestellten und Stadtrat Speiser wird den neuen Zuwendungen an die Bundesbeamten mit gemischten Gefühlen entgegensehen, da dies auch Rückwirkungen für die Gemeinde haben muss. Was insbesondere die ^{Gemeindebeamten} deutschnationaler Gesinnung betrifft, so gelingt es ihnen bei der grössten Selbstzucht, bei Einhaltung aller Dienstvorschriften und bei durchschnittlichen Fleiss höchstens normal zu avancieren. Höherstellungen und Belohnungen sind für diese Armen vollständig ausgeschlossen und wir wollen diesen Menschen die wahrhaft Charaktere sind und ein karges Leben einer Gesinnungslumperei vorziehen, von dieser Stelle aus herzlich danken (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Die gleiche Zurücksetzung erfahren jene Lehrer, die der Wiener Lehrervereinigung angehören. Kein deutschnationaler Lehrer wird zu einem Schulleiter ernannt! Und da behaupten Sie noch, dass Sie die Verwaltung nach gerechten Grundsätzen führen? Ich appelliere an Sie, Herr Stadtrat Speiser, mit diesen Kränkungen der Lehrer aufzuhören, an Sie, der einst aller Lehrer Mitkämpfer war und jetzt zum Unterdrücker der Lehrer geworden ist. Ihr System der Versetzungen ist die boshafteste Schikane, die Sie den Lehrern bereiten. Früher wurde der Lehrer für eine bestimmte Schule angestellt und systemisiert. Heute geben Sie ihm keinen festen Posten, sondern Sie behalten sich vor, ihn dorthin/verschicken

, wohin Sie wollen. Dabei ist auffällig, dass Sie die sozialdemokratischen Lehrer in den Bougoisbezirken, die nichtmarxistischen im Proletarierbezirken verwenden.

GR. Wagner tadelt dann, dass Professor Palm, der vier Jahre am Pädagogischen Institut der Stadt Wien vortrug, der eine internationale Kapazität ist, der wegen seines Wirkens am Pädagogischen Institut wiederholt vom Wiener Stadtschulrat belobt wurde, zu Beginn des jetzigen Wintersemesters nicht mehr zum Vortragenden am Pädagogischen Institut berufen wurde. Im Juli wurde er noch belobt und Ende Oktober war er in Ungnade gefallen. Wo liegt da die Erklärung? Nach einer Darstellung des Professors Palm hat dieser nach den Juliereignissen zwischen sich und den Sozialdemokraten einen scharfen Trennungsstrich gezogen. Das dürfte die Ursache gewesen sein, dass er nicht mehr berufen wurde. Die Parteipolitik ist eben der tragende Gedanke Ihrer Verwaltung, weshalb wir ihr Budget entschiedenst ablehnen. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

G.R. Haider (E.L.) erklärt, dass im Gegensatz zum Bund bei der Gemeinde nicht nach demokratischen Grundsätzen verwaltet wird. Nach dem Umsturz waren wir der Meinung, dass nun mit der Vorherrschaft einer gewissen Clique gebrochen ist. In Wien hat sich aber eine Vorherrschaft etabliert und eine Diktatur breitgemacht, wie sie entsetzlicher nicht gedacht werden kann. Es wäre höchste Zeit, wenn der Personalreferent endlich wahr machen würde, was er in diesem Saal so oft gesprochen hat. Er hat hier wiederholt feierlich erklärt, dass er streng nach den Grundsätzen der Unparteilichkeit und Objektivität vorgehen wird. Aber wir haben davon bis jetzt nichts bemerkt. Es wurde in der Stadtverwaltung ein Terror etabliert, wie er niemals zu verzeihen war. Es werden nur sozialdemokratisch orientierte Personen angestellt und der Personalreferent möge nicht mit einer Retourkutsche kommen und wieder sagen, auch Lueger habe keine Andersgesinnten aufgenommen. Ich gebe offen zu, dass auch damals etwas vorgekommen ist, dass auch damals etwas faul war im Staate Dänemark.

G.R. Nachtnebel: Etwas spät kommt diese Erkenntnis!

G.R. Haider: Wir würden nur wünschen, dass auch bei Ihnen bald diese Erkenntnis kommt. Aber unter unserer Herrschaft hat es keinen einzigen Fall solchen Terrors gegeben wie heute. Mit welchem Recht verlangen Sie, dass derjenige der angestellt wird, jahrelang sozialdemokratisch organisiert sei, dass er seinen Glauben über Bord werfen muss.

Von einem Koalitionsrecht für alle, wie es seinerzeit Ihr eigener Kanzler Renner gepriesen hat, ist leider in Wien keine Rede. Eine Partei mit einer so stark ausgebauten Gewerkschaftsorganisation hätte es doch nicht nötig, durch brutale Gewalt die Reihen ihrer Anhänger zu vermehren. Auch Ihr Parteigenosse Reder, ^{war} bis vor ganz kurzer Zeit noch in unseren Reihen. (Hört! Hört! bei der E.L.) Auch in der Privatindustrie erleben tausende Arbeiter ein Martyrium, wenn sie sich weigern ihre Ueberzeugung preiszugeben und der sozialdemokratischen Organisation beizutreten. Was Sie aber an Terror bei der Strassenbahn leisten, spottet jeder Beschreibung. Dort müssen die christlichen und nationalen Angestellten mehr als ein Martyrium/ergehen lassen. Mit welchem Recht verlangen Sie von den Strassenbahnen, dass sie der sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören müssen? Der politische Terror, den Sie bei den Strassenbahnen anwenden, wenden Sie auch bei den anderen Unternehmungen an. Wenn ich der Stadtrat Speiser wäre, ich würde es unter meiner Würde finden, die Angestellten so schikanös zu behandeln.

Es ist zehn Uhr geworden und der Vorsitzende Gemeinderat Hofbauer richtet an den Redner die Frage, ob er seine Rede unterbrechen und morgen fortsetzen wolle. Gemeinderat Haider erklärt, dass er seine Ausführungen unterbricht.

Schluss der Sitzung 10 Uhr nachts. Fortsetzung morgen Donnerstag vier Uhr nachmittags.